

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877

16.3.1877 (No. 64)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 16. März.

No. 64.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

Telegramme.

† Berlin, 14. März. Der „Reichsanzeiger“ ist in der Lage, gegenüber der Meldung der Rheinischen und Westfälischen Blätter betr. die Mitteilung Baare's über die angebliche Antwort des Finanzministers Camphausen: „Glauben Sie, daß wir in Berlin eine Thräne weinen, wenn Sie in Westphalen zu Grunde gehen?“ zu erklären, daß solche Antwort von dem Finanzminister nicht erteilt worden ist, und daß jene Mitteilung, wenn dieselbe wirklich gemacht worden sei, grobe Unwahrheiten enthält. — Die Nachricht, daß der Chef der Admiralität, General v. Stosch, sein Entlassungsgesuch eingereicht hat, wird von bestunterrichteter Seite bestätigt.

Im „Reichsanzeiger“ ist ferner das Gesetz über die Umzugskosten der Staatsbeamten veröffentlicht.

† Berlin, 14. März. Ein Leitartikel der heutigen „Prov. Korr.“ überschrieben: „Der gewerbliche Nothstand und die Staatshilfe“, enthält auf Grund einer amtlichen Denkschrift folgende Ausführungen: „Die Thätigkeit der Staatsverwaltung habe die Krisis wesentlich gemildert und dieselbe nicht in solcher Schärfe, wie in andern Staaten, hervortreten lassen. Ein gegenüber dem Staate geltend zu machendes Recht auf Arbeit bei Ausbruch einer Geschäftskrisis, die zeitweilig bald in größerem, bald in geringerem Umfange eintrete, sei nicht anzuerkennen. Die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen, wie z. B. Ausführung von Bauten, die außerdem gar nicht oder doch zu anderer Zeit erfolgen würde, müsse sehr bedenklich und gefährlich erscheinen; sie würde sehr bald Ansprüche an den Staat hervorrufen, welchen dieser in keiner Weise genügen könne. Der schon jetzt laut gewordene Ruf nach Umgestaltung der ganzen bestehenden sozialen Ordnung würde noch stärker ertönen, je mehr die Regierung unter Aufgabe ihrer Grundzüge scheinbar in Folge des Druckes von in Volksversammlungen gefaßten Resolutionen sich nachgiebig erweise. Die Regierung werde die vorbereiteten und bewilligten Bauten eifrig, aber ohne Ueberstürzung fortsetzen. Der notwendige Ausgleich zwischen Produktion und Konsumtion habe begonnen; darin und in der Beseitigung der eingetretenen Ueberproduktion und der Zurückführung der Arbeitslöhne auf ein angemessenes Niveau seien die natürlichen Mittel zur Genugthuung der wirtschaftlichen Zustände zu erblicken. Die Ermäßigung der Arbeitslöhne werde erfahrungsmäßig das Herabgehen der Lebensmittel-Preise nach sich ziehen. Auch eine angemessene Vertheilung der Arbeitskräfte im Lande werde wieder eintreten. Die Rückbildung zu normalen Verhältnissen würde unterbrochen werden, wenn gegenwärtig durch außerordentliche Staatsunterstützungen in den großen Städten und Industriebezirken große Arbeitermassen in Thätigkeit gesetzt und dadurch längere Zeit an ihren jetzigen Aufenthaltsorten festgehalten würden. — Dieselbe Korrespondenz meldet, daß am Geburtstag des Kaisers, wozu zahlreiche fürstliche Gäste erwartet würden, ein größeres Fest im Schlosse stattfinden werde.

† Pest, 14. März. Im Unterhause erwiderte der Ministerpräsident Tisza auf eine Interpellation des serbischen Abgeordneten Polit betreffs der türkenfreundlichen Demonstrationen und der Haltung der Monarchie in der orientalischen Frage folgendermaßen: Durch die Demonstrationen Einzelner könne die Politik Ungarns und der Gesamtmonarchie weder gefährdet noch kompromittirt werden. Wenn ein Theil der Staatsbürger innerhalb der gesetzlichen Schranken seine Ansichten aussprechen wolle, so sei ihm dies nicht verwehrt; die äußere Politik aber werde von der Regierung und Legislation, aber nicht von der Unversitätsjugend gemacht. Daß aber durch jene Demonstrationen die Gefühle der Slaven Ungarns verletzt würden, dafür liege kein Motiv vor. In Ungarn gebe es keinen solchen Türkenfreund, welcher die Unterdrückung der Christen in der Türkei wünschen würde und nicht vielmehr dafür sei, daß ihr Loos verbessert werde. (Allgemeiner Beifall.) Das Auswärtige Amt, mit welchem die ungarische Regierung diesbezüglich übereinstimme, halte an den in der orientalischen Frage bisher befolgten Prinzipien fest und betrachte es als seine Aufgabe, den Frieden zu erhalten, das Loos der Christen in der Türkei zu verbessern und dafür zu sorgen, daß die Interessen der Monarchie unter allen Umständen und wenn immer gegenüber gewahrt werden. (Lebhafter Beifall.) — Auf mehrere Interpellationen bezüglich der Bank-Frage und der Vorlegung der darüber vereinbarten Protokolle antwortete Tisza mit dem Hinweis auf die demnächst einzubringenden Gesetzentwürfe. Vom Hause wurden die Erwidernngen des Ministers zur Kenntniß genommen.

† Brüssel, 14. März. Der Pariser Korrespondent der „Independance belge“ berichtet über seine gestern mit Ignatieff gehabte Unterredung, daß sich der General über die von England zu erwartende Entschließung günstig geäußert habe. Ignatieff hätte unter Anderem gesagt, England habe durch Ablehnung des Berliner Memorandums seiner Zeit den serbisch-türkischen Krieg herbeigeführt, dasselbe werde nicht durch die Ablehnung der direkten Sanktionirung der Konferenzarbeiten von Neuem eine Verantwortung übernehmen

wollen. Auf die Form der Sanktionirung lege er kein Gewicht, wenn sie nur exekutorisch sei. Auch sprach sich Ignatieff noch über die einjährige Frist zur Durchführung der Reformen aus. Würde die Pforte diese Reformen nicht durchführen, so werde nicht die Gesamtheit der Mächte zur Intervention verpflichtet sein, wohl aber würden die Mächte dann verpflichtet sein, sich der Intervention der einen oder mehrerer Mächte nicht zu widersetzen. Er wünsche den Frieden und würde, wenn England seine Eröffnungen auch nur zum Theil acceptire, die Verhandlungen democh fortsetzen. Rußland wolle eine unmittelbare Sanktion, da es die Armee nicht mobil erhalten könnte, ohne dieselbe zu gebrauchen.

† Paris, 14. März. Nach einem dem „Journal des Debats“ aus London von heute zugegangenen Telegramm wird von gut unterrichteter Seite versichert, daß der gestern versammelte englische Ministerrath der Idee eines Seitens der sechs Großmächte zu unterzeichnenden Protokolls bezüglich der orientalischen Frage im Prinzip zugestimmt habe. Ueber die dem Protokoll zu gebende Fassung würden noch zwischen Lord Derby und Graf Schuwaloff weitere Erörterungen gepflogen.

† Rom, 13. März, Abends. In der Deputirtenkammer kündigte Petrucci della Gattina eine Interpellation an, welche Politik die Regierung in der neuen Phase der orientalischen Frage, welche sich in Folge der Auflösung der Konferenz ergebe, zu befolgen gedente und welches die leitenden Grundzüge der Regierung rücksichtlich der zwischen den Kabinetten von Petersburg und London obwaltenden Meinungsverschiedenheiten seien.

† Konstantinopel, 14. März. Der bisherige Kommandant von Silistria, Ahmet Jambly Pascha, ist an Stelle von Omer Feizy Pascha (?), welcher abgesetzt ward, zum Polizeiminister ernannt worden. Der Sultan hat für die Sitzungen des Parlaments bestimmten Saal befestigt.

† Athen, 13. März, Abends. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer nahm Ministerpräsident Deligorgis Veranlassung, die Vertrauensfrage zu stellen, wobei das Ministerium mit 75 gegen 72 Stimmen den Sieg davontrug. Die Regierung wurde hierbei von den Parteien Jaimis und Trilupis unterstützt, nur die Partei Kumundurios stimmte gegen dieselbe.

† New-York, 14. März. Der Republikaner Bin ist mit großer Majorität zum Gouverneur von New-Hampshire gewählt worden. Die Mitglieder der Staatslegislatur von New-Hampshire sowie die beiden Kongressrepräsentanten sind gleichfalls Republikaner. — Aus Washington wird gemeldet, daß die amerikanischen Gesandten aus Madrid und London abberufen würden.

Deutschland.

† Berlin, 13. März. Zur Feier des 80. Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers haben außer den früher schon genannten hohen Herrschaften für den 22. März ihren Besuch am hiesigen königl. Hofe angefragt: Ihre Majestäten der Königin und die Königin von Sachsen, Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich der Niederlande und dessen Schwiegerohn Sr. Durchl. der Fürst zu Wied, Se. königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz, Ihre Hoheiten der Herzog und die Frau Herzogin und die Prinzessin Elisabeth von Anhalt, Ihre Hoheiten der Herzog und die Frau Herzogin von Sachsen-Altenburg, Ihre Hoheiten der Erbprinz und die Frau Erbprinzessin von Hohenzollern, sowie Se. Durchl. der Fürst v. Schwarzburg-Rudolstadt. Im königl. Schlosse werden zur Aufnahme der erlauchten Gäste schon längere Zeit umfassende Vorbereitungen getroffen. Ihre königl. Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin von Baden kommen zum 22. März in Begleitung Sr. königl. Hoheit des Erbgroßherzogs, sowie der Prinzessin Viktoria und des Prinzen Ludwig Wilhelm Groß. Hoheiten aus Karlsruhe hieher und nehmen mit ihren Kindern bei den Kaiserl. Majestäten im königl. Palais Wohnung. — Wie verlautet, sind für die aus Dessau gemeldete Reise Sr. Maj. des Kaisers zu der am 17. April dort stattfindenden feierlichen Vermählung Ihrer Hoheit der Prinzessin Elisabeth von Anhalt mit Sr. königl. Hoheit dem Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz hier noch keine Anordnungen ergangen. Ueberhaupt hat der Kaiser seine Frühjahrs-Reisepläne bis jetzt nicht definitiv festgestellt. Als ausgemacht kann aber gelten, daß Höchstdieselbe die Absicht hegt, im Monat April sich zu einem etwa dreiwöchigen Aufenthalt nach Wiesbaden zu begeben.

Heute Mittag hielt der Bundesrath wieder eine Plenarsitzung. Auch von den vereinigten Bundesraths-Ausschüssen für das Landheer und die Festungen und für Rechnungswesen wurden heute Sitzungen gehalten. Der Ausschuß für Justizwesen hat sich wiederholt mit der von Seiten Preussens an den Bundesrath gebrachten Streitfrage in Betreff der Berlin-Dresdener Eisenbahn beschäftigt. Dem Vernehmen nach ist nunmehr von dem Ausschusse der Antrag beschloffen, das Plenum wolle die rechtliche Entscheidung dieser Angelegenheit dem Oberappellationsgericht in Lübeck über-

weisen. Bekanntlich ist dies der gemeinsame höchste Gerichtshof der drei Hansestädte. — Es wird mit Bestimmtheit versichert, daß die am Samstag im Reichstage erfolgten Rundgebungen des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck über die weitere Behandlung der Steuerfrage ein vorgängiges Einvernehmen im preussischen Staatsministerium und im Reichskanzler-Amt zur Grundlage hatten.

† Berlin, 13. März. Die Mitglieder der national-liberalen und der Fortschrittspartei des Reichstages werden in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft haben, um sich über die Grundlagen der Resolution zu einigen, welche betreffs des Lehrlingswesens im Hause eingebracht werden soll. — Die vom Abg. Schulze (Delitzsch) schon in der vorigen Session eingebrachte Novelle zum Gesetze über die Genossenschaften, betreffend die privatrechtliche Stellung derselben, befindet sich gegenwärtig im Druck, um in den Fraktionen einer Vorberatung unterzogen zu werden. Bekanntlich ist die Berathung des Gesetzentwurfs im vorigen Jahre in der dazu gewählten Kommission bis zur zweiten Lesung geblieben und es sind bei dieser Gelegenheit Abänderungen vorgenommen worden, welchen der Abg. Schulze (Delitzsch) selbst in seiner neuen Vorlage Rechnung getragen hat. Der Gesetzentwurf wird wahrscheinlich gegen Ende der nächsten Woche auf die Tagesordnung des Hauses gelangen.

Vor einigen Jahren hielt es bekanntlich Krupp in Essen für nöthig, ein Wort der Mahnung zu Frieden und Verträglichkeit an seine Arbeiter zu richten, die durch ultramontane Agitationen auf die Bahnen der Intoleranz gelenkt werden sollten. Das Wort ist auf fruchtbaren Boden gefallen, der religiöse Friede ist auf den weitausgehenden Krupp'schen Werken nicht gestört worden. Jetzt drohen gefährlichere Wühlerereien das Band des Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu zerreißen. „Trotz wiederholter Warnung“ sagt Hr. Krupp in einem eben erlassenen „Wort an die Angehörigen meiner gewerblichen Anlagen“, das uns als Manuscript gedruckt vorliegt, „scheint sich unter einem Theil von euch der Geist der Socialdemokratie einschleichen zu wollen.“ Diesen Geist zu bekämpfen ist der Zweck der Ansprache, und sie sucht denselben in gemeinsamer Sprache zu erreichen, die sich in gleicher Weise an den Verstand wie an das Gemüth der Arbeiter wendet. Hr. Krupp erinnert in letzter Beziehung daran, wie er seit 50 Jahren Freud und Leid mit seinen Mitarbeitern getheilt, wie er im Jahr 1826 ohne Vermögen die Leitung der verfallenen Gußstahl-Fabrik übernommen und lange mit größerer Anstrengung und geringerem Verdienste gearbeitet habe als seine Gehilfen, und wie er nach 25 Jahren, als er schon eine größere Anzahl von Leuten beschäftigt, ein geringeres Vermögen sein eigen genannt, als heute mancher Arbeiter der Gußstahl-Fabrik besitzt. Die Ansprache dürfte des Eindruckes nicht verfehlen; am besten werden aber die Krupp'schen Arbeiter vor socialdemokratischen Verirrungen bewahrt bleiben, wenn sie ihr Loos mit dem ihrer Kameraden auf so vielen rheinisch-westfälischen Werken vergleichen. Uebrigens scheint Hr. Krupp anzudeuten, daß er gegen die Agitatoren in Zukunft statt der zeitweise geübten Nachsicht die nöthige Strenge walten lassen wird.

Berlin, 14. März. (Reichstag. 9. Sitzung.)

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr. Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein. I. Der Antrag Richter auf Vorlegung der Nachweisungen über die Restbestände aus der französischen Kriegskontribution und der Pauschalquantums-Wirtschaft der Militärverwaltung, sowie über den Gesamtbetrag der Restbestände wird an die Budgetkommission verwiesen, nachdem sich der Präsident des Reichskanzler-Amtes Posmann zur Vorlegung dieser Nachweisungen bereit erklärt hatte.

II. Fortsetzung der zweiten Berathung des Reichshaushalts-Etats. Bei Kap. 3 der Ausgaben Lit. 10 und 11 (für Ueberwachung des Auswanderungswesens 18,000 M.) fragt Abg. Rapp, ob dem Hause ein Bericht über die Thätigkeit des Kommissärs zur Ueberwachung des Auswanderungswesens zugehen werde. Staatsminister Hofmann stellt einen solchen schon für die nächsten Tage in Aussicht. Hierbei wird von dem Abg. Lingens (Zentrum) der bekannte Gurovskische Fall in Antwerpen zur Sprache gebracht und nachzuweisen versucht, daß der dem katholischen Klerus gemachte Vorwurf, er befördere die Auswanderung, ganz ungerecht sei. Derselbe nehme sich nur der Auswanderer katholischer Konfession in den Auswanderungshäfen an und schütze dieselben vor Ausbeutung.

Abg. Rapp gibt die Thätigkeit des katholischen Klerus auf letzterem Gebiete zu, doch setze dem gegenüber die Thatsache fest, daß katholische Geistliche an vielen Orten Leute zur Auswanderung zu verleiten suchen. Bei Kap. 8 (Gesundheitsamt 65,350 M.) nimmt Abg. Dr. Löwe das Wort, um das Reichs-Gesundheitsamt vor dem Vorwurf der Unthätigkeit in Schutz zu nehmen. Zwar habe es bis jetzt noch nicht mit Gesetzesvorlagen auftreten können, dagegen habe es mit anderen, für das Volkwohl höchst wichtigen Fragen sich beschäftigt. So sei z. B. die von dieser Behörde in Angriff genommene Untersuchung der Lebensmittel von höchster nationaler Bedeutung. Man solle nur erwägen, daß von allem im Reiche konsumirten Wein theilhaftig 40 Prozent nicht einen Tropfen Natronwein enthalten. Dasselbe sei sogar bei den zu medizinischen Zwecken in den Apotheken verwendeten Weinen, wie Malaga, Portwein u. s. w. der Fall. Hier Beperrung

zu schaffen durch Untersuchungen und allseitige Kontrolle liege im hervorragenden Interesse der Nation. Abg. **S o m b a r t** wünscht auch ausreichende Bewilligung von Mitteln für chemische Apparate und technische Vorrichtungen zum Gebrauch des Reichs-Gesundheitsamtes, welche jetzt noch nicht hinreichend vorhanden seien; auch die Veterinärpolizei liege in dieser Beziehung noch an den nöthigsten Hilfsmitteln Mangel.

Reichskanzler Fürst **B i s m a r c k**: Die Reichsregierung wird derartigen Wünschen, so weit es in ihrer Macht steht gegenüber der Kompetenz der Landesregierungen, sehr gern entgegenkommen. Ich habe das Reichs-Gesundheitsamt aufgefordert, zuerst seine Aufmerksamkeit der Veräufschung der allgemein verbreiteten Nahrungsmittel und Getränke zu widmen (Weißbrot) und sich zunächst die Aufgabe zu stellen, einmal das Trinkwasser der großen Städte, und dann das Bier und den Wein, so wie sie unter dem Namen dieser beiden Getränke verstanden werden (Heiterkeit), einer chemischen Untersuchung zu unterwerfen. Diese Untersuchungen sind seit mehreren Monaten im Gange, sie haben überraschende Resultate geliefert betreffend das Maß oder aber den gänzlich Mangel an Verbindung, die zwischen diesen beiden Flüssigkeiten und demjenigen, was man sonst Bier und Wein nennt, überhaupt besteht. Ich hoffe also, daß der Reichstag, da unter uns Viele sind, die beide Flüssigkeiten nicht gerade verschmähen (Heiterkeit), mir darin bestimmen wird, diese Aufgabe zu lösen. Sie hat auch sonst Bedeutung für die Befestigung in Bezug auf die Besteuerung; die Getränke und Nahrungsmittel geben uns wichtige Anhaltspunkte bei den Erhebungen, die uns im nächsten Jahre bevorstehen.

Abg. **R e i c h e n s p e r g e r** (Greifeld) hat selbst schon auf die Wichtigkeit dieses Zweiges der öffentlichen Gesundheitspflege hingewiesen, glaubt aber nicht, daß hier ausschließlich von der Zentralverwaltung erfolgreiche Wirkung erwartet werden könne, wenn dieselbe nicht, wie in England, in der Privatthätigkeit von Kommissärs-Untersuchung finde.

Der Rest des Etats des Reichskanzler-Amtes sowie der Etat des Bundesrats und der Bundesrats-Ausschüsse wird ohne Debatte genehmigt. Beim Etat des Auswärtigen Amtes bekämpft **R i c h t e r** (Hagen) die für den Direktor in demselben geforderte Besoldungserhöhung; nachdem Staatssekretär v. **B ä l o w** dieselbe verteidigt, wird jedoch die Position bewilligt.

Eine lebhaftere Debatte erhebt sich sodann bei dem Kapitel der Ausgaben für Gesandtschaften und Konsulate, und zwar zunächst bei der Position für die Botschaft in London, für welche 196,350 M., somit 30,000 M. mehr als im vorigen Jahre, verlangt werden.

S c h r ö d e r (Zentrum): Seit Jahren erschienen Mehrforderungen für die Diplomaten im Etat, ohne daß man jemals andere als äußere Gründe dafür erfahre. Die Erhöhungen hätten zuerst bei der Botschaft in Paris begonnen. Niemand habe dies bemängelt; eben so wenig habe man gewagt, die Ausgabeerhöhung für die Einrichtung einer Botschaft in Rom zu kritisieren, obwohl gar kein Grund vorlag, eine solche Einrichtung zu treffen. Wofür in aller Welt sollen wir hier 30,000 M. mehr bewilligen! Seiner Ansicht nach bewege man sich hier in einem viiiösen Zirkel, in den man sich nicht begeben sollte. (Wiederholte Rufe: zur Sache!) Zur Vermeidung von Mißverständnissen muß ich sagen, daß ich eine Absenkung der Mehrforderung von 30,000 M. beantragt haben würde, auch wenn der jetzige Botschafter in London nicht jene geniale Bantlettre gehalten hätte, um das protestantische Kaiserthum in Deutschland zu feiern. Ich kann einfach das Bedürfnis zu der Mehrforderung nicht anerkennen, zumal in einer Zeit wie die jetzige. Mit den großartigen Einrichtungen Englands können wir doch nicht gleichen Schritt halten; im Gegentheil gerade da möge man sich einer großen, vielleicht republikanischen Einfachheit befleißigen. W. H., in Oesterreich ist erweislich der Hungertyphus ausgebrochen. Wollen Sie solchen Erscheinungen gegenüber 30,000 M. zur Erhöhung von Beamtengehältern bewilligen? Man sollte überhaupt die Ausgabe nicht erhöhen, so lange man nicht behaupten könne, daß auch die Steuern zunehmen. (Unruhe.)

Staatsminister v. **B ä l o w**: Wenn eben hervorgehoben worden ist, daß das Konto des Auswärtigen Amtes mit jedem Jahre steigt, so kann ich das in keiner Weise läugnen; aber die Gehälter des Auswärtigen Amtes nehmen eben auch zu, seine Thätigkeit wird eine immer ausgedehntere und es kommt sehr viel darauf an, gute und tüchtige Leute zu wählen, welche die deutschen Interessen wahrnehmen. Nun ist der Graf Münster seit vier Jahren mit großer Auszeichnung und mit vollkommener Rechtfertigung der vom Kaiser getroffenen Wahl auf seinem Posten thätig und hat nachgewiesen, daß es mit einem Gehalt von 120,000 M. nicht möglich ist, auszukommen und gleichmäßig mit denjenigen Personen zu leben, die zunächst seinem Umgangskreis angehören. Dazu kommt, daß die Aufgaben und Leistungen des Botschafters, seitdem er das ganze Deutsche Reich zu vertreten hat, sehr viel größer geworden sind als früher, und da er jetzt sämtliche Bundesregierungen repräsentieren muß, so hat er dies eben hinsichtlich seines Jahresbudgets auch empfinden müssen. Unter diesen Umständen kann es nicht unbillig erscheinen, daß der Graf Münster eine Zulage erhält, die ihn den übrigen Botschaftern nicht voranzieht, weit gefehlt, sondern ihn ungefähr mit einigen seiner Kollegen gleichstellt. Eine Analogie für die anderen deutschen Botschafter wird daraus nicht gezogen werden. Es ist durchaus nicht eine Leidenschaft des Auswärtigen Amtes, den einzelnen Herren größere Gehälter zu schaffen als notwendig.

Abg. **R i c h t e r** (Hagen): Er sei gegen die Erhöhung, aber nach der Rede des Abg. Schröder möchte er doch sich und seine Freunde dagegen verwahren, daß sie dessen Motive theilten. Sie können den Rothstand hier nicht mit in die Debatte ziehen lassen, ihre Gründe gehen vielmehr dahin, daß die Gehälter zu ungleich normirt seien, und daß man, wenn man Gehaltserhöhungen vornehmen will, nicht bei den höchsten Stellen anfangen müsse. Staatssekretär v. **B ä l o w** verweist zur nochmaligen Motivirung der Erhöhung auf die Normirung der Gehälter der Vertreter anderer Großstaaten in London. Graf **F r a n k e n b u r g** äußert seinen Unwillen darüber, daß hier der Rothstand in Oesterreich zur Erörterung gezogen werde; darauf werde man wohl an anderer Stelle im Reichstage zurückzukommen haben, hier und heute sei nicht der Ort dazu. Er werde für die Erhöhung stimmen. Bei der Abstimmung wird die Position durch itio in partes mit 157 gegen 147 Stimmen verworfen.

Die nächsten Erörterungen knüpfen sich an die Position für die Botschaft in Petersburg mit 233,900 M. gegen 202,200 M. im Vorjahre, also um 31,700 M. mehr.

Reichskanzler Fürst **B i s m a r c k**: Trotz der eben in Bezug auf London ablehnend ausgefallenen Abstimmung möchte ich für die Er-

höhung in Petersburg eintreten. Hier sind die Verhältnisse noch schwieriger als in London. Die Erhöhung wird uns durch die Verhältnisse geradezu aufgezwungen. Ich kann erwähnen, daß die früheren Gesandten und Botschafter in Petersburg oft nach ihrem Tode ihre Verhältnisse mitunter in einem solchen Zustande hinterlassen haben, daß es für ihre Angehörigen, Kinder und Wittwen zu bedauern war, daß die Herren nicht rechtzeitig auf Erhöhung ihres Gehaltes gedrungen hätten. In Petersburg ist die Erhöhung des Gehaltes eine Nothwendigkeit schon durch die enge Verbindung, in welcher der Botschafter hier zum russischen Hofe und den nahen Verwandten des Hofes steht, durch die Nothwendigkeit, im nahen Anschluß an den Hof zu leben, durch den Mangel einer großen, reichen Mittelstandsgesellschaft, der das Leben in den höchsten Regionen fast unerschwinglich macht. Ich habe in Bezug auf Petersburg eigene Erfahrungen, weiß genau, was man da braucht, und daß die Preise namentlich für Alles, was zum Luxus gehört, viel höher sind, als in allen andern Hauptstädten. Jeder, der die Petersburger Verhältnisse kennt, wird mir Recht geben, daß der Botschafter daselbst nicht wie wo anders mit einer Equipage auskommt, sondern daß fast jedes Familienmitglied eine Equipage braucht, d. h. ein elegantes einpänniges Fuhrwerk mit gutem Pferde; denn nicht allein der Botschafter ist in Petersburg genöthigt zu fahren, sondern sehr oft muß zu gleicher Zeit auch die Botschafterin ausfahren. Sie ist dann gewissermaßen mit im Dienst. (Heiterkeit) Ja, m. H., auch die Botschafterin hat daselbst Audienzen zu erteilen, Kolonnen zu empfangen und Abschied zu machen. Die Entfernungen sind zudem in Petersburg sehr groß und so kommt es, daß der Botschafter auch für seine Kinder wenigstens noch ein einpänniges Fuhrwerk gebraucht. Eine junge Dame beispielsweise kann in Petersburg die Wege nicht zu Fuß machen. Ich hoffe zwar, Sie werden im nächsten Jahr auch die Erhöhung für London bewilligen, aber für Petersburg bitte ich Sie dringend, jetzt schon der Forderung zustimmen zu wollen. Ich müßte sehr bedauern, wenn diese Bewilligung unterbleibe, dann würden wir einen hochbedeutenden Beamten verlieren, der seine Aufgabe stets zur vollen Zufriedenheit Sr. Maj. des Kaisers erfüllt hat und der sich namentlich im Besitze des persönlichen Vertrauens des Souveräns befindet, bei dem er accreditirt ist und bei dem er früher als Militärbevollmächtigter schon lange Zeit gewohnt hat; einen Beamten, der ausdrücklich, weil er das persönliche Vertrauen des Kaisers Alexander besitzt, nach Petersburg geschickt ist. Werwiegern Sie die Erhöhung, so würden Sie bewirken, daß dieser Beamte erklärt: ich kann es vor meiner Familie nicht verantworten, die Vermögensverluste, die mir dieser Posten zufügt, länger zu tragen. Bewilligen Sie daher die Erhöhung. Ihre Verweigerung würde in einer Weise zurückwirken, die nur zu bedauern wäre.

Abg. **R i c h t e r** (Hagen): London und Petersburg waren bisher gleichgestellt und wir müssen diese Gleichstellung aufrecht erhalten. Wir würden, wenn die Erhöhung für London bewilligt worden wäre, dieselbe auch für Petersburg bewilligen; da die erstere aber abgelehnt ist, werden wir sie auch für Petersburg ablehnen, um nicht den Schein zu erregen, als ob die erstere durch Eingemessenheit gegen die Persönlichkeit des Botschafters hervorgerufen worden sei. Uebrigens kann man doch nicht für alle Botschafterstöcher Equipagen anschaffen. Auch v. **U n r u h** tritt den Ausführungen des Reichskanzlers bei und erörtert die besonderen gesellschaftlichen Verhältnisse in Petersburg, welche die Mehrforderung rechtfertigen.

Fürst **B i s m a r c k**: Ich möchte dem Hrn. Abg. Richter nur einige Worte erwidern, um zu verhindern, daß angenommen wird, als ob die Ablehnung für London nun nothwendig die Konsequenz nach sich zöge, daß Petersburg auch abgelehnt wird. Für mich ist kein Grund, wenn Sie eins ablehnen, daß ich nicht noch für das andere eintreten sollte; eins von beiden bewilligt zu bekommen, ist mir immer noch erwünschter, als beide abgelehnt zu sehen. Was die wenig galante Aeußerung des Hrn. Abg. Richter über junge Damen betrifft, möchte ich bemerken: ich kann doch nicht Gerüchte ausfinden, die im Colliat leben (Heiterkeit), oder die Bedingung machen, daß sie keine Kinder haben, weber erwachsene noch unerwachsene. (Heiterkeit.) Es ist ja ein außerordentlicher Vorzug für die Carrière, wenn Jemand ohne alles weibliche Gepäck sich durch die Welt schlagen kann. (Erneute Heiterkeit.) Aber wir müssen diejenigen, die brauchbar sind, eben nehmen, ohne Rücksicht darauf, ob sie verheirathet sind, oder nicht. Die Aufgabe des Diplomaten besteht in dem praktischen Verkehre mit Mächten, in der richtigen Beurtheilung von Dem, was andere Leute wahrscheinlich thun werden, in der richtigen Erkennung der Absichten Anderer, in der richtigen Darstellung der eigenen; ich möchte sagen: persönliche Lebenswürdigkeit und Menschenkenntniß wirken dabei oft viel mehr. Zwingen Sie solche Beamte, eine Zeit lang die Kritik, wie sie nutzlos lange Mittel in einer solchen Stellung mit sich bringen, zu ertragen, so werden Sie sie vertrießlich, gereizt, hypochondrisch machen; die Geschäfte werden vielleicht unter der Verstimmung und unter den Sorgen leiden. Wie gesagt, ich bitte die Herren nochmals, lassen Sie unter dem Stimmenunterschied, der sich bei London herausgestellt hat, nicht auch Petersburg leiden, und gewähren Sie mir wenigstens die Hälfte von dem, was ich erbeten habe, ich meine natürlich nicht die Hälfte des Petersburger Postens (Heiterkeit), sondern die Hälfte der Petersburger und Londoner Forderung zusammen.

Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen, die noch ausgetauscht werden, kommt es zur Abstimmung und die Position wird durch itio in partes mit 163 gegen 148 Stimmen bewilligt.

Die übrigen Posten des Auswärtigen Amtes werden sodann ohne wesentliche Debatte, ebenso die Etats des Reichs-Juziziums und des Reichs-Eisenbahn-Amtes unverändert angenommen. Bei dem Justizetat erklärte Staatssekretär **F r i e d b e r g** auf eine Anfrage **M a r q u a r d s e n**'s hinsichtlich des in diesem Kapitel eingestellten Dispositionsfonds von 40,000 Mark, daß derselbe zur Deckung der Kosten für Hilfsarbeiter bei den gesetzgeberischen Arbeiten bestimmt sei, und bezeichnete als zunächst in Aussicht genommene Entwürfe: die Rechtsanwalts-Ordnung, die Vorlagen über Strafvollstreckung und Gerichtskosten, Reform des Aktienrechtes, Abänderung des Handels-Gesetzbuches und des Genossenschafts-Gesetzes.

± **Reich**, 13. März. Die Feier des 80. Geburtstages unseres Kaisers soll in diesem Jahre hier in besonders feierlicher Weise begangen werden. Die Vorbereitungen dazu sind in vollem Gange. Auch die verschiedenen hiesigen Vereine, in erster Linie der Kriegerverein, werden sich an der Feier betheiligen. Bei diesem Anlaß werden die Gebäulichkeiten der Bürgermeisterei erstmals mit deutschen Flaggen geschmückt sein. — Wie man sich erinnert, fandte der hiesige Gemeinderath vor längerer Zeit eine Deputation an das Oberpräsidium, um u. A. eine Ermäßigung der von

der Stadt Metz zu zahlenden Steuern zu erlangen. Der Landesauschuß hat nun auf Antrag des Oberpräsidenten das Steuercontingent von Metz um 16,000 M. erniedrigt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 13. März. Es war eine Zeitlang Gefahr vorhanden, daß, sobald der Bankausgleich mit Ungarn Chancen des Gelingens zeigte, auf einem andern Theil des Ausgleichsgebietes eine Krisis heranzöge, denn von Seiten der Fortschrittspartei, also aus der Mitte der Verfassungskartei selbst heraus, war ein Antrag zur Debatte gestellt, der nichts weniger als die Beilegung der bisherigen Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten durch die Delegationen bezweckte. Der Antrag kann indeß schon jetzt als von der Tagesordnung abgesetzt gelten, denn das Centrum hat es sofort abgelehnt, eine Konferenz der Partei zur Debatte des Antrags auch nur zu beschicken, und Seitens der Regierung erfolgte zudem die Erklärung, daß am allerwenigsten in einer Zeit wie die jetzige eine noch weitere Forderung der ohnehin nicht allzu ausgedehnten Gemeinamkeit zulässig sei.

Schweiz.

Das Graubündener „Tagblatt“ berichtet: Gegenwärtig kommen italienische Arbeiter scharenweise über die Berge herüber und reisen, mit etwas Geld versehen, in die nördliche Schweiz, woher sie dann wieder nach einiger Zeit, ohne Arbeit gefunden zu haben, von allen Mitteln entblößt und oft per Schuß zurückkehren, um auf Kosten der Grenzantonen wieder zurück über die Berge befördert zu werden. Nicht selten sind diese Leute so arm daran, daß ihnen noch Schuhwerk und Kleider geflickt oder beschafft werden müssen, um sie zur Fußreise über die Berge zu befähigen. Nicht selten kommen Partien von 12—15 Mann und müssen per Transport heimwärts dirigirt werden. Ueber der Grenze kümmert sich die italienische Polizei nicht im Geringsten um sie; die Leute sind darauf angewiesen, sich bis in ihre Heimath durchzubetteln. Verkommene Naturen greifen nur zu leicht auch zu anderen Mitteln. Voraussichtlich werden diese Uebelstände noch längere Zeit fortbauern. Der Kleine Rath sah sich deshalb veranlaßt, sich an den Bundesrath zu wenden, um auf diplomatischem Wege dieser Masseneinwanderung Arbeitstuchender entgegenzuwirken.

Frankreich.

Paris, 13. März. Auf der Welt-Ausstellung von 1878 wird, wie das „Journal officiel“ anzeigt, auch eine besondere Ausstellung der französischen Mineralwasser veranstaltet werden. Der Handelsminister hat zu diesem Behuf eine Kommission ernannt, welcher u. A. der Chemiker **W u r g**, die Mediziner **Legouff** und **Edouard** und der Chefredakteur der „Gazette des Eaux“, **H. Germon de Lavigne**, angehören.

Der neu ernannte radikale Abgeordnete des Vaucluse-Departements, **H. Saint-Martin**, wollte in Paris eine Vorlesung über die Ermordung des Marschall **Brune** in Avignon halten; der Minister des Innern, **H. Jules Simon**, schlug ihm die Erlaubniß dazu ab, weil dieses Thema geeignet sei, die politischen Leidenschaften aufzufachen.

Nachdem der Finanzminister **Leon Say** sich so schnell bereit gefunden, den Marcellen zuliebe die Seifensteuer schon jetzt, statt erst mit dem Budget von 1878, abzuschaffen, haben sich sogleich die Abgeordneten der Departements Nord, Pas-de-Calais, Somme und Aisne bei ihm mit der Bitte eingestellt, im Hinblick auf die bedrängte Lage der Arbeiterbevölkerungen ihrer Gegend dasselbe Zugeständniß für die Cichoriensteuer zu machen, und auch schon ein Amendement dieses Inhalts in der Budgetkommission eingebracht.

Ein Mitarbeiter der „Erfolte“, **H. Jubbe de Larioviere**, welchen der Abg. **Robert Mitchell** in einem Wortwechsel einen Verräther gescholten hatte, hat bei dem Präsidenten der Deputirtenkammer, **Hrn. Grevy**, den Antrag eingebracht, **Hrn. Mitchell** gerichtlich verfolgen zu dürfen. In dem Departement **Constantine** (Algerien) ist die Wahl eines Abgeordneten an Stelle des verstorbenen **Alexis Lambert** auf den 8. April ausgeschrieben.

Paris, 14. März. Man versichert uns, schreibt der „Temps“, daß das englische Kabinet das Protokoll, welches Graf **Schwarlof** ihm im Namen der russischen Regierung unterbreitete, in seinem Hauptinhalt angenommen hat. Das englische Kabinet soll nur wegen der Fassung zweier Stellen des Schriftstückes Schwierigkeiten erhoben haben und man erachtet für wahrscheinlich, daß der General **Ignatieff** in die verlangten Veränderungen willigen werde. In der Hoffnung, zu einem guten Resultate zu gelangen, verlängert der General **Ignatieff** seinen Aufenthalt in Paris.

Dagegen erfährt die „France“, daß **Ignatieff** seine Vorkehrungen treffe, um morgen Abend abzureisen; nur sei es möglich, daß er ganz incognito einen Ausflug nach **Frankland** mache, nicht nach London und lediglich zu dem Zweck, den Grafen **Schwarlof** und den Marquis v. **Salisbury** noch einmal zu sprechen. Die „France“ glaubt auch heute noch nicht, daß das englische Kabinet so ohne Weiteres auf die russischen Vorschläge eingehen werde; vielmehr sieht sie noch mühselige Unterhandlungen von etwa vierzehn Tagen voraus.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 15. März. Auf das im Namen des hiesigen Stadtraths von **Hrn. Oberbürgermeister Lanter** an Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin **Wilhelmine** gerichtete Beileidschreiben ist heute von Ihrer Hoheit folgende telegraphische Antwort hier eingetroffen:

Palermo, den 15. März 1877.

Oberbürgermeister **Lanter**, Karlsruhe.

Empfangen Sie, Herr Oberbürgermeister, meinen innigsten Dank für die wohlthunende Theilnahme, die Sie mir in so warmen Worten in Ihrem Briefe vom 8. März in Folge der ersten Erkrankung meines Gemüths ausdrückten. Bitte, meinen Dank dem Stadtrath und

den Bewohnern der Residenzstadt Karlsruhe anzusprechen; mit Gottes Hilfe sehe ich einer nicht ferneren Genesung entgegen.

Prinzessin Wilhelm.

+ Karlsruhe, 13. März. (Schwurgericht.) In der Vormittags-Sitzung vom 12. d. Mis. kam die Anklage gegen den 41 Jahre alten Schweinehirten und Kaffeehändler Anton Hambsch von Rheinhause wegen falschen eidlichen Zeugnisses und gegen den Ziegler Peter Fromm von da wegen Anklage zu diesem Verbrechen zur Verhandlung. Am 9. Okt. v. J. wurde Anton Hambsch von Josef Fromm, dem Sohn des Peter Fromm, am Finger verletzt, er bezeichnet vor dem Untersuchungsgericht und einer ganzen Reihe von Zeugen den Josef Fromm als den Thäter. Anton Hambsch bestritt nun ein mit Schanden überlades Hänschen, er ist seit Jahren Schuldner des vermöglichen Peter Fromm; am 2. Jan. wurde in dem Sonnenwirthshaus zu Rheinhause ein Protokoll aufgenommen, worin Hambsch den Strafantrag zurücknimmt und seine früheren Angaben als unwahr zurücknimmt; dieser an die Strafammer eingesandten Zurücknahme des Antrags konnte nach der Novelle zum Strafgesetzbuch eine Folge nicht gegeben werden, es fand vielmehr am 21. Februar die Strafammer-Verhandlung statt und wurde Josef Fromm wegen Körperverletzung mit vier Wochen Gefängnis bestraft; in dieser Strafammer-Sitzung behauptete Anton Hambsch auf abgelegtem Eid, trotz wiederholter Warnung ungeachtet, daß er den Josef Fromm nicht erkannt habe; sofort in's Gefängnis abgeführt, ist er heute geständig und überführt, daß er den Zeugniss wissentlich falsch geleistet hat, und wird mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis bestraft.

Anton Hambsch, im Uebrigen ein verkommener und dem Trunt ergebener Mann, will durch den Peter Fromm, bisher gut beleumdet und unbescholten, durch Bezahlung von geistigen Getränken und das Versprechen, ihm den Zins seiner Schuld nachzulassen sowie ihn nicht zu betreiben, bestimt worden sein. Peter Fromm beabredete diese Anklage, es wurden dem Anton Hambsch mehrere Widersprüche nachgewiesen, so daß sich die Schworenen von der Schuld des Peter Fromm nicht überzeugen konnten und dessen Freisprechung erfolgte.

+ Karlsruhe, 15. März. (Schwurgericht.) In der Nachmittags-Sitzung wurde der seiner That geständige frühere Landpost-Bote Franz Kamm von Rastatt wegen Unterschlagung von 66 M., die er auf eine Postanweisung-Karte an den Gemeindevorsteher Krämer in Hügelsheim ausbezahlen hatte, und wegen der in Bezug auf diese Unterschlagung im Amte verübten Fälschung der Quittung mit Neben Monaten Gefängnis bestraft.

Am 14. wurde Pfarrer Eduard Bongert von Märsch von der Anklage der Unzucht mit Kindern freigesprochen, und heute Georg Lauer von Heidesheim, ein 70 Jahre alter Schuhmacher, der einen erheblichen Theil seines Lebens in Strafanstalten zugebracht hat, wegen dem nämlichen, mehrfach unter sehr erschwerenden Umständen verübten Verbrechen mit sechs Jahren Zuchthaus bestraft.

Damit ist die Tagesordnung des I. Quartals geschlossen; es wurden in 8 1/2 Sitzungstagen 18 Fälle, wovon mindestens sechs ein sehr umfangreiches Beweismaterial boten, erledigt.

Der Gerichtshof hat seinen Umzug in das neue Justizgebäude bereits beendet, und war die heutige Sitzung die letzte, welche in den seit 1864 innegehabten beschränkten Räumlichkeiten des Rathhauses abgehalten wurde.

Vergleicht man die Liste der Richter von 1864 mit der von heute, so ergibt sich, daß von ersteren dormalen noch drei hier in Funktion sind.

+ Heidelberg, 12. März. Die Generalversammlung des hiesigen Frödel-Bereins, welcher „behuft gesunder körperlicher und geistiger Entwicklung der Kinder im vor- und nachschulischen Alter die dauernde Einbürgerung der Frödel'schen Erziehungsgrundsätze erstrebt und bezweckt, durch Gründung von Kindergärten und auf sonstige geeignete Weise jene in's praktische Leben zu führen“, hat nun die Statuten des Vereins festgesetzt und gutgeheißen. Zugleich hat dieselbe die Uebernahme des in der Altstadt bereits bestehenden Kindergartens in die Verwaltung des Vereins beschlossen und die Gründung eines zweiten in dem westlichen Stadttheil in Aussicht genommen. In der letzten Sitzung des Stadtraths wurden nunmehr dem auf eine bedeutende Mitgliederzahl festgelegten Vereine seitens der Stadt ein Lokal mit Spielplatz zur Verfügung gestellt und ein jährlicher städtischer Beitrag von 400 Mark zugesichert, damit durch Berechnung eines sehr niedrigen Schulgeldes auch den unbemittelten Einwohnern die Benützung möglichst zugänglich sei. — Die am 8. März 1874 konstituirte Gemeinde der hiesigen Altstadtsoliken feierte verflorenen Sonntag den dritten Jahrestag ihres Bestehens. Bei der Vormittags abgehaltenen kirchlichen Feier hielt Bischof Dr. Weinens die Festpredigt. Abends vereinigten sich die Gemeindeglieder in der Harmonie zu einer Versammlung, an welcher auch die Angehörigen anderer Konfessionen zahlreich sich theilnahmen.

+ Mannheim, 13. März. (Schwurgericht.) In der gestern Abend zu Ende gegangenen Quartalsitzung wurden von 17 Anklagen gegen 19 Personen 16 Anklagen erledigt. In sechs Fällen (die Anklagen wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit, so wie Anklagen wegen Todtschlags, Brandstiftung, Beleidigung des Landesherrn) erfolgte Freisprechung. Zu Zuchthausstrafen von im Ganzen 22 Jahren 10 Monaten wurden 5 Angeklagte verurtheilt, und zwar 1 wegen Todtschlags, 1 wegen Meineids, 3 wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit. In fünf weiteren Fällen wurden 7 Angeklagte zu Gefängnisstrafen in der Gesamthöhe von 6 Jahren 2 Monaten verurtheilt, nämlich 1 wegen Falschheids, 2 wegen Raubversuchs und Körperverletzung unter milderen Umständen, 1 wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde unter milderen Umständen und wegen Betrugs, 3 wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit, verübt unter milderen Umständen. In einem Falle trat zum Zweck der Beobachtung des Geisteszustandes des Angeklagten Verurteilung ein.

+ Karlsruhe, 15. März. (Großh. Hoftheater.) Die geführte Vorstellung der Götter-Oper: „Der Widerspenstigen Zähmung“, war zufriedenstellend besucht, namentlich hatten sich die Sperrstühle, 1. Rang und Fremdenloge 2. Rang mit einem zahlreichen Publikum gefüllt, welches der postivollen dramatischen Lombichtung das lebhafteste Interesse zuwandte. Das Tonwerk des früh Verstorbenen schilbert nicht allein den stolzen, widerspenstigen Charakter eines sonst geistig bedeutenden Mädchens, sondern hat selber etwas von der unzugänglichen, jeder Schmeichelei abholden Katharina an sich. Sie zeigt demjenigen, der ihr zum ersten Male nahe kommt, ein wenn schon durch aristokratische Feinheit achtunggebietendes, aber keineswegs durch adfällende äußere Schönheit blendendes Antlitz, durch dessen sonnigen Glanz sofort Jeder zu kritikloser Bewunderung hin gerissen werden könnte. Der „Widerspenstigen“ Schönheit ist eben auch nicht äußerlich, sondern beruht in der distinguirten Haltung des Ganzen, in seiner Durchbildung der Einzugsüge, psychologische Vertiefung. Jede neue Berührung bringt neue geistige Anregung; unsere Bewunderung ist kein leeres Strohflecken, welches hell aufleuchtet, aber rasch erloscht, sondern eine ruhige, gleichmäßig fortwährende Flamme, welche in stets frisch zugeführter Nahrung ihren Bestand findet. So läßt sich unschwer prophezeien, daß der „Widerspenstigen Zähmung“ repertoirefähig sein wird, wenn schon so manches golden geglaubte Kreuz Kofffeden zeigen und die Spitzstalten Derer vom Stamme Follung's auch in den dunkelsten Räumen der Theater ewige Ruhe gefunden haben werden.

Die Wiedergabe der Götter-Oper gehört zum Abgerundeten, was unser Hoftheater auf musikalischem Gebiete leistet. Fräulein Johanna Schwarz ist als Katharina schon äußerlich eine feine, edle Erscheinung, die werth scheint, das Auge eines Petruchio auf sich zu lenken. Klingt auch die Stimme zuweilen etwas müd und erzwungen, so weiß die Dame doch musikalisch warm zu empfinden und ihre Darstellung durch künstlerisches Verhältniß zu veredeln. Den Höhepunkt findet ihre Leistung in der Ari.: „Die Kraft vermag, des Kampfes bin ich müde!“, der Fel. Schwarz in den verschiedensten Nuancen demüthsvoller Weichheit, in ihrer Liebe und heißen Wunsch gerecht wird. Als ein ächter, kraftvoller Petruchio im Gesang und besonders im Spiele stand ihr Herr Hauser zur Seite. Bekanntlich stand auch die Nebenrolle in guter Weise vertreten und leistete das Orchester, wie immer in solchen feinsten Aufgaben, unter Hrn. Dessoff ausgezeichnetes. Dasselbe spricht in dieser Oper ein sehr wichtiges Wort, ja entsaßt sogar mandamal einen blühenden Reichtum, der die Aufmerksamkeit vom Gesange ab- und auf sich lenkt. Immerhin fehlt es nicht an Nummern, die sich durch ihre rein gesungliche Schönheit bemerkbar machen, und auch die Charakteristik lenkt nirgends den Anfänger; man höre nur die energische, mannhafte Sprache Petruchio's im Gegensatz zu den beiden Liebhabern und gar zu Baptista. Die bestgeschulte Person ist entschieden Katharina; es dient besonders die vorerwähnte Arie dazu, ihr einen verächtlichen Nimbus zu verleihen, der sie zu einem wahren Meister der Weiblichkeit erhebt. Hoffentlich wird unser Hoftheater nicht die letzte Bühne sein, welche Francesca di Rimini zur Aufführung bringt, sobald erst ihre Vollendung Thatfache geworden.

Vermischte Nachrichten.

— Mainz, 8. März. Heute starb die Schriftstellerin Katharina Ritz, geb. Galem, im 75. Lebensjahre. Sie war die sofort nach der Hochzeit geschiedene Frau des bekannten Volksmannes, ehemaligen Parlamentsabgeordneten Dr. Franz Ritz.

— Bemerk wird, daß seit dem 17. Januar sechs Contreadmirale in Amerika gestorben sind, fünf derselben im Laufe zweier Wochen. Vor Goldsborough starb Joseph Smith nach 68jährigem Dienste. James Alden, Charles Wilkes, Theoborus Bailey, Charles Davis, fast Alle pensionirt. Wilkes war es, der die Gefandten der Südstaaten, Malton und Sidell, auf ihrer Fahrt nach England gefangen nahm. Davis erlangte durch seine Verbindung mit der Sternwarte und dem Nautical Almanac einen Weltruf. Während des Bürgerkriegs war er Befehlshaber der Mississippi-Flottille, geriefte unterhalb Memphis die südstaatliche Flotte und nahm die Stadt.

Nachricht.

+ Berlin, 15. März. Das „Tagblatt“ erfährt aus bester Quelle, Italien habe sich bereit erklärt, ein diplomatisches Engagement zu übernehmen, welches unter Aufrechthaltung der Integrität des türkischen Gebietes das Recht der Großmächte bekräftigt, die Durchführung der von der Konferenz aufgestellten Reformen zu überwachen, um so Rußland die gewünschte Genugthuung zu verschaffen.

+ Wien, 14. März, Abds. Der „Polit. Korresp.“ wird aus Konstantinopel von heute telegraphirt: Verlässliche Informationen geben Kunde von den Bemühungen hervorragender diplomatischer Vertreter der Pforte im Auslande, bei dem Großvezir im Sinne einer spontanen Annäherung an Rußland zu wirken behufs einer direkten Auseinandersetzung der Pforte mit dieser Macht.

+ Paris, 14. März, Abds. Dem Erlaß der Antwort Englands auf den Vorschlag Rußlands wegen Vereinbarung eines gemeinsamen Protokolls der Großmächte wird der „Agence Havas“ zufolge für morgen entgegengesehen, und erwartet man, daß diese Antwort für den russischen Vorschlag günstig ausfällt. General Ignatieff hat heute Vormittag mit dem Herzog von Decazes berathschlagt und speist Abends bei dem britischen Botschafter Lord Lyons. — Der „Temps“ schreibt: das britische Kabinet hat die Grundfrage des vom Grafen Schumaloff überreichten russischen Vorschlags angenommen und nur einige Bedenken gegen die Redaktion zweier Sätze desselben geltend gemacht. Man erwartet, daß General Ignatieff den von England gewünschten Aenderungen zustimmen werde. Letzterer hat seinen Aufenthalt in Paris verlängert, um den günstigen Ausgang seiner Sendung abzuwarten.

+ London, 15. März. Der für heute einberufene Ministerrath wurde wegen des vorherigen Meinungsaustausches zwischen dem Londoner und dem Petersburger Kabinet abgesetzt.

+ London, 15. März. Die Mehrzahl der heutigen Morgenblätter hofft fortgesetzt auf Englands Beitritt zu dem Protokollvorschlag Ignatieffs und befürwortet die Annahme desselben. „Times“ meint, das Schicksal der Pforte liege in ihren eigenen Händen, doch könne England viel thun, um Rußland zu verhindern, sich in einen großen Krieg zu stürzen. England könne Europa diesen Dienst erweisen, ohne seine eigene Aktionsfreiheit einzubüßen.

+ St. Petersburg, 14. März, Abends. Das langsame Fortschreiten der Verhandlungen zwischen der Pforte und Montenegro wird in hiesigen politischen Kreisen mit lebhaftem Bedauern verfolgt. Montenegro, welches bisher sieg-

reich gewesen, hält an den Entscheidungen der Konferenz fest, indeß die Pforte Montenegro noch keinerlei Gegenvorschlag gemacht hat und weder in die freie Rückkehr der Flüchtlinge aus der Herzegowina, welche von Montenegro erhalten werden, willigte, noch die Abtretung des Hafens Spizza oder der Ufer des Flusses Bojana zugestand. Fürst Nikita beabsichtigt nicht, die Verhandlungen zu übersetzen, doch ist er entschlossen, falls dieselben ohne Aussicht auf Erfolg bleiben, sich in seine natürlichen Festungen zurückzuziehen und in dem gegenwärtigen Bestande zu behaupten. Die öffentliche Meinung erachtet die Lösung der zwischen der Türkei und Montenegro schwebenden Frage als notwendige Voraussetzung eines Arrangements zwischen den Großmächten.

+ Konstantinopel, 14. März. Am Samstag waren hier Plakate angeheftet, worin die Zurückberufung Midhat Pascha's gefordert und gegen den Frieden mit Serbien nebst der Abtretung von Alexinas Einsprache erhoben wird.

+ Konstantinopel, 14. März, Abds. Der Ministerrath hat sich auch heute mit den von Montenegro gestellten Forderungen beschäftigt. Morgen wird vielleicht wiederum eine Konferenz der beiderseitigen Bevollmächtigten stattfinden. Dem Vernehmen nach würden die montenegrinischen Unterhändler, falls sich die Pforte definitiv weigern sollte, die Forderungen bezüglich der Abtretung von Nicie, des rechten Moracza-Ufers und eines Seehafens zu bewilligen, alsbald abreisen, dagegen im Falle einer nur theilweisen Verwerfung weitere Instruktionen von Cetinje einholen.

+ Konstantinopel, 15. März. Saadet Pascha wird heute die montenegrinischen Unterhändler empfangen und denselben anzeigen, es sei der Pforte unmöglich, die verlangte territoriale Vergrößerung zuzugestehen, und das Maximum der Seitens der Pforte zu machenden Zugeständnisse mittheilen. Diese Zugeständnisse sind: Verichtigung der Grenze gegen Albanien, wenn Montenegro dagegen sich verpflichtet, die Strafe von Poigorika nach Kolatschin zu bauen. Einige türkische Blätter empfehlen der Pforte, die Forderungen Montenegros dem Parlamente zu unterbreiten. — In Nicie beginnt sich ein Mangel an Lebensmitteln fühlbar zu machen.

Frankfurter Kurzzettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 15. März, die übrigen vom 14. März.)

Staatspapiere.

Table with 2 columns: Staatspapiere and Kurse. Includes entries like Preuss. 4 1/2% Oblig. Thlr. 104 1/2, Oesterr. 5% Papierrente, etc.

Aktien und Prioritäten.

Table with 2 columns: Aktien und Prioritäten and Kurse. Includes entries like Reichsbank, Deutsche Vereinsbank, etc.

Anlehensloose und Prämienanleihe.

Table with 2 columns: Anlehensloose und Prämienanleihe and Kurse. Includes entries like 3 1/2% Preuss. Bräm. 100 Thl., etc.

Wechselkurse, Gold und Silber.

Table with 2 columns: Wechselkurse, Gold und Silber and Kurse. Includes entries like London 10 Pf. St. 20/170, Paris 100 Frs. 81/40, etc.

Tendenz: fest.

Berliner Börse. 15. März. Kreditaktien 247.—, Staatsbahn 377.—, Lombarden 134.—, Disc. Commandit 103.70, Reichsbank 159.—, Tendenz: fest.

Wiener Börse. 15. März. Kreditaktien 150.50, Lombarden 81.50, Staatsbahn —, Anglobank 71.50, Unionbank —, Napoleons'or 9.85, Tendenz: fest.

New-York, 15. März. Gold (Schlußkurs) 704 1/2.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite 11.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Goll in Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater.

Freitag, 16. März. 2. Quartal. 39. Abonnementsvorstellung. Dinorah, oder: Die Wallfahrt nach Hebräel, romantische Oper in 3 Akten von Meyerbeer. Anfang 6 Uhr.

Dankfagung.
L. 756. Karlsruhe. Für die herzlichen Beweise theilnehmenden Beileids, welche uns während der Krankheit und nach dem Tode unseres geliebten Vaters, Bruders, Schwieger- und Großvaters, Herrn Casimir Kast sen., erwiesen wurden, sprechen wir hiermit unsern tiefgefühltesten Dank aus. Karlsruhe, den 15. März 1877. Die trauernden Hinterbliebenen.

Lehrstelle-Gesuch
L. 658. 2. Für den Sohn eines geachteten Kaufmannes wird in einem größeren, bessern, gemischten Waarengeschäfte eine Lehrstelle mit Kost und Wohnung gesucht, wo derselbe sich sowohl theoretisch wie praktisch tüchtig weiter ausbilden könnte, und befördert die Expedition dieses Blattes gütige Anträge.
L. 740. 2. Pforzheim.

Offene Handlungslehre-Stelle.
In meinem Colonial-, Material- und Kleinfleisch-Waaren-Geschäft an detail wird bis Mai eine Lehrstelle frei, welche durch einen mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenen jungen Mann besetzt werden soll. Offerten steht entgegen.
Adolph Schod in Pforzheim.

L. 669. 2. Ein preuß. seminaristisch geb. ev. Lehrer (26 J.), s. n. 1/2 J. od. später eine Lehrstelle in einer Stadt. Adress. erheben unter 77 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.
L. 651. 3. Basel.

Coiffeur.
Ein junger Mann, welcher im Herren-Service und Poitiche bewandert ist, findet sofort Stelle bei
J. Chappuis,
Friedrichstraße 69, Basel.

Für Militärs.
L. 731. 2. Zu verkaufen 2 Exemplare des Krieges von 1866, redigirt von der historischen Abtheilung des Großen Generalstabes in Berlin à 5 Hefen mit allen Beilagen. Preis pro Exemplar: 10 Mk. Näheres in der Annoncen-Expedition von G. L. Daube & Cie., Heidelberg.
L. 750. 1. Karlsruhe.

Herrschafts-Haus
Belfortstraße Nr. 1 ist unter günstigen Zahlungsbedingungen auf den 23. Juli d. J. zu verkaufen oder auch zu vermieten. Dasselbe besteht aus: Großem Saal mit Walzen, 7 Zimmern, 3 top. Mansarden mit großen Fenstern, Küche, Waschküche, Holzstall, beheiztem Treppenhause, vollständiger Gas- und Wasserleitung, Garten mit Springbrunnen etc. Näheres im Hause selbst.

Häuser feil wegen Abreise.
Zwei mit besonderer Sorgfalt vor einigen Jahren erbaute zweistöckige Wohnhäuser, in angenehmer Straße, wurden zum Verkaufe eingetragen. Das Eine enthält 9 schön decorirte Zimmer im 1. und 2. Stock, 3 Kniehöckzimmer und Mansarden, Küche, gewölbter Keller, Hofraum und Garten. Preis 17,500 fl. Das Andere enthält gleichfalls 9 Zimmer im 1. und 2. Stock, 3 Kniehöckzimmer, 3 Mansarden, Küche, Preis 15,500 fl. Beide bieten alle sonstigen Annehmlichkeiten, hohe, geräumige Zimmer, eben solche Corridore, Wasserleitung etc. etc., und sind trocken und gesund in allen Theilen. Nähere Auskunft ertheilt die Güteragentur von
F. Adrian,
Freiburg am Münsterplatz Nr. 7.

L. 747. Nr. 566. Karlsruhe.
Bergebung von Maurer- und Steinhauerarbeit.
Die Anlage eines Dohls durch den sogenannten Steindamm in Ruffheim, im Anschlag für
Maurer- und Steinhauerarbeit mit 2120 Mark soll im Sommerswege vergeben werden. Angebote wollen portofrei, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Tage der Sommers-Eröffnung,
Montag den 9. April d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
auf unserm Geschäftszimmer eingereicht werden, wofür auch Plan, Kostenanschlag und Bedingungen bis dahin eingesehen werden können.
Karlsruhe, den 12. März 1877.
Großh. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion.
J. Eisenlohr.

Großherzoglich Badische Kunstschule zu Karlsruhe.

Direktor: Professor W. Riefstahl.
Der Unterricht umfasst:
Zeichnen nach dem Aunten, Bällen, Statuen:
Prof. L. Des Coudres
Zeichnen nach dem lebenden Modell, Knochen- und Muskellehre:
Prof. F. Keller.
Jasp. E. Tenner.
Perspective:
Prof. F. Keller.
Unterricht in den Malklassen:
Stilleben, Köpfe, Modelle, sowie Ausführungen eigener Entwürfe: die
Prof. F. Keller,
E. Hildebrandt,
L. Des Coudres,
H. Gude,
C. Steinhäuser,
E. Willmann.
Landschaft und Marine:
Bühnenarchitektur:
Modellbau:
Das Sommersemester beginnt am 3. April.
Aufnahmsgelüste, welche einen Bericht über bisher genossenen wissenschaftlichen und künstlerischen Unterricht enthalten, sind an die Direktion zu richten und müssen begleitet sein von einem Zeugniszeugnisse und selbstfertigen Arbeiten.
Das Statut ist durch das Inspectorat zu beziehen.
L. 751.

Deutscher Phönix.
Vierunddreißigste General-Versammlung.
Die stimmberechtigten Aktionäre des Deutschen Phönix, Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M., werden hierdurch zu der
Donnerstag den 5. April 1877, Vormittags 10 Uhr,
im Museumsgebäude in Karlsruhe stattfindenden 34. General-Versammlung (welche sich mit den im § 47 No. 1-4 des revidirten Statuts angegebenen Verhandlungen beschäftigen wird) eingeladen, und zugleich ersucht,
am 28. oder 29. März in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr sich über ihre statutenmäßige Qualifikation entweder d. h. auf dem Bureau der Gesellschaft oder in Karlsruhe auf dem Bureau der Sektion zu legitimiren, wogegen ihnen die erforderlichen Einlasskarten verabfolgt werden.
Diese Legitimation ist zu bewirken durch Angabe der Nummern der in die Register der Gesellschaft eingetragenen Aktien; die Beschlüsse der Aktionäre haben außerdem ihre Vollmachten vorzulegen.
Frankfurt a. M., den 15. März 1877.
Der Direktor: Der Verwaltungsrath:
Löwengard, von Donner, Präsident

Zu verkaufen oder zu verpachten.
L. 638. 3. In einer süddeutschen Stadt, in welcher bedeutende Industrie betrieben wird, ist ein vor 3 Jahren erbautes Haus zu verkaufen oder zu verpachten. Dasselbe steht an der schönsten, gangbarsten Lage, und wird in demselben ein Spezzeri- und Viktualien-Geschäft mit guter Kundschafft nebst Bäckerei und Bierbrennerei betrieben. Unter Umständen würde ein Käufer des Waarenlagers der Laden verpachtet. Gefällige Offerten unter Chiffre H 709 Q. befördert die Annoncen-Expedition von Haenstein & Vogler in Basel.
L. 728. 2. Stifterhof bei Dornheim.
Viehversteigerung.
Dienstag den 20. d. M.,
Vormittags 11 Uhr, läßt die Gutsherrlichkeit Stifterhof 40 Stück Jungvieh öffentlich versteigern; Rinder von halbjährig bis anderthalbjährig, meist Simmenthaler Abzucht (Rothschwarze), welche sich vorzugsweise zur Zucht eignen, sind jedoch auch Rinder darunter, welche für den Metzger brauchbar.
Stifterhof bei Dornheim, 12. März 1877.
Die Gutsherrlichkeit.
NB. Omnibus-Verbindung zwischen Langenbrücken und Dornheim ist: Abgang: Langenbrücken nach Dornheim Vormittags 8 1/2 Uhr, Dornheim nach Langenbrücken Nachmittags 3 1/2 Uhr.

Bürgerliche Rechtspflege.
Vermögensabsonderungen.
Nr. 530. Nr. 8485. Freiburg.
In Sachen der Ehefrau des Martin Seeger, Anna Maria, geb. Luppberger, in Wolfenweiler, gegen ihren Ehemann, J. R. Klüchtig, Vermögensabsonderung betr.
Klägerin hat vorgebracht, sie habe sich im Jahr 1843 mit dem Beklagten ohne Ehevertrag verheiratet, auf Ableben ihrer Eltern seien ihr im Jahr 1850 3 Viertel Acker in den Koppengärten, 1 1/2 Viertel Matten an der Dreisam, 30 Ruthen Neben im Galtler, 11 Ruthen Neben im Niederfeld zugewallen; der Beklagte habe ein eigenhändliches Vermögen im Betrage von etwa 8000 fl. eingebracht, welches jetzt mit Pfandschulden überlastet, und sei derselbe in neuerer Zeit durch Leopold Winterhalter in Urach wegen einer Forderung von 300 Mk., durch Moriz Kaub dahier von 434 Mk. 88 Pf., Johann Faust von Neuenbürg wegen 700 Mk. bis zur Vollstreckung gerichtlich betriebe worden.
Die Gegenpartei der Klägerin seien theilweise veräußert worden und sie derselben hierwegen eine Ersatzforderung von 500 Mk. zu, weshalb deren Beiträgen gesäubert erscheinen.
Es wurde beantragt, zur Sicherung desselben die Klägerin für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von jenem des Beklagten, welcher zur Zeit wegen Unterschlagung in Untersuchung steht und flüchtig sei, abzusondern.
Beschluß.
Wird Tagfahrt zur Vornahme eines Vergleichsversuchs auf
Mittwoch den 4. April d. J.,
Vormittags 8 Uhr,
anberaumt, und werden hierzu die Klägerin und der flüchtige Beklagte mit dem Befügen vorgeladen, daß von dem Ausbleiben angenommen werden soll, er weigere sich, einen Vergleich einzugehen. Der Beklagte hat bis längstens zur Tagfahrt einen am Orte des Gerichtes wohnenden Gewalthaber anzustellen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie der Partei eröffnet wären, an dem Sitzungsorte des

Gerichtes angeschlagen werden sollen.
Freiburg, den 9. März 1877.
Großh. bad. Amtsgericht.
Mors.
Nr. 512. Nr. 1616. Mannheim.
Durch Urtheil vom heutigen Tage die Ehefrau des Johann Philipp Wader, Susanna, geb. Wölber, in Weidenau für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern. Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.
Mannheim, den 6. Februar 1877.
Großh. Kreis- und Hofgericht.
Civillammer.
R. v. Stoelker.
Nr. 511. Nr. 2043. Mannheim.
Die Ehefrau des Benzon Oppenheimer, Stephanie, geb. Marx, von Mannheim wird für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern. Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.
Mannheim, den 15. Februar 1877.
Großh. Kreis- und Hofgericht.
Civillammer.
R. v. Stoelker.
Dr. Heinsheimer.
Erdborladungen.
Nr. 504. Achen. Karl Schneider von Achen, unbekannt wo abwesend in Amerika, ist zur Verlassenschaft seiner Mutter, der Anton Schneider Ehefrau, Maria, geborene Behre, in Achen, betreten.
Derselbe wird hiermit aufgefordert, seine Erbsprüche an gedachten Nachlass binnen drei Monaten, von dem Tage an, bei dem Unterzeichneten geltend zu machen, widrigenfalls die Erbsprüche demselben zugestimmt werden wird, welchen die zustande, wenn der Geladene zur Zeit des Erbspruchs nicht mehr am Leben gewesen wäre.
Achen, den 13. März 1877.
Der Großh. Notar
A. Fuchs.

Strafrechtspflege.
Ladungen und Verhandlungen.
Nr. 588. Nr. 1327. Karlsruhe.
J. A. E. gegen Wilhelm Johann Ehrhard von Dornbach, Christian Diator, Vorberichter von Dornbach, J. A. in Pforzheim, Adolf Wilhelm Meyle von Pforzheim, wegen Körperverletzung, wie d. Tagfahrt zur Hauptverhandlung auf
Montag den 16. April d. J.,
Vormittags 9 Uhr,
anberaumt. Hierzu wird der flüchtige Angeklagte Wilhelm Johann Ehrhard mit dem Befügen vorgeladen, daß er sich bei dem Hauptverhandlungsorte zu stellen habe, und daß die Verhandlung und Aburtheilung stattfindet, es möge der selbe erschienen sein oder nicht.
Karlsruhe, den 10. März 1877.
Großh. Kreis- und Hofgericht.
Stroffammer.
Der Vorsitzende:
F. Ritsch.
Dr. Ottenbörfer.
Urtheilsverkündungen.
Nr. 510. Nr. 1215. Straßammer. Freiburg.
J. A. E.
gegen
Josef Döbele von Zell wegen
Ungehorsams in Bezug auf die Wehrpflicht.
Wird auf geflogene Hauptverhandlung zu Recht erkannt:
Josef Döbele von Zell sei des Ungehorsams in Bezug auf die Wehrpflicht schuldig, und deshalb in eine Geldstrafe von dreihundert Mark, welche im Falle der Unbeibringung nicht in eine Gefängnißstrafe von sechs Wochen umgewandelt wird, sowie zu den Kosten des Strafverfahrens und des Strafzoozugs zu verurtheilen.
S. R. W.
Dies wird dem flüchtigen Angeklagten hiermit öffentlich bekannt gemacht.
Freiburg, den 8. März 1877.
Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
v. Hillern.
Thoma.

Berm. Bekanntmachungen.
L. 756. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Für die in Lindau zur Umpackung gelangenden Baumtransporte ab Benedig, Genoa, St. Benigno, Triest und Piuma nach Basel Bad. S. via Brennerbahn ist mit dem heutigen an der Strecke Lindau-Konstanz-Basel ein Frachtag von 10,700 Frs. pro Tonne, welcher jedoch nur bei Frachtagzahlung für mindestens 7000 Kilogr. pro verladenem Wagen Anwendung finden, im Verlaufe getreten.
Karlsruhe, den 14. März 1877.
General-Direktion.
L. 748. 1. Offenbourg.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Die Arbeiten für theilweisen Abbruch, sowie Herstellung eines provisorischen Güterschuppens auf der Station Achem, im Anschlag von 1810 Mk., sollen im Sommerswege vergeben werden, und findet die Verhandlung
Samstag den 24. März d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
auf dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten statt, wofür Pläne, Kostenanschlag und Bedingungen bis dahin eingesehen werden können.
Auftragende Uebernehmer haben bis zu genannter Zeit die nach Prozenten des Voranschlags lautenden Angebote auf die Gesamtheit schriftlich, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei an den Unterzeichneten einzuliefern.
Offenbourg, den 13. März 1877.
Der Großh. Bezirks-Bahningenieur.
L. 749. 1. Offenbourg.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Freitag den 23. März d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
wird der in Einvernehmen zweifelhafte Mittelbau des Güterschuppens auf der Station Achem an Ort und Stelle selbst auf den Abbruch verweigert, wozu die Uebernehmer mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß die näheren Bedingungen bei der Verhandlung selbst bekannt gemacht werden.
Offenbourg, den 13. März 1877.
Der Großh. Bezirks-Bahningenieur.

L. 687. 2. Nr. 303. Mannheim.
Neckarbrückenbau Heidelberg-Neuenbürg.
Zur Herstellung der Brücken-Trottoirs sollen nachstehende Arbeiten im Sommerswege vergeben werden:
1. Lieferung und Verlegen von 500 tlb. Meier Sandsteine aus feinkörnigem Sandstein.
2. Lieferung und Einlegen von Facobadsteinen in die Felder der Brückeneisen 17,200 Stück.
3. Herstellung einer Kappalbede (samt Besonnenuntere) 927 qm.
Angebote für die sämtlichen oder einzelnen Arbeiten sind versiegelt und mit bezeichneter Aufschrift versehen, längstens bis
Mittwoch den 28. März d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
auf dem Baubureau in Heidelberg, Heckenstraße Nr. 6, einzuliefern, wofür bis zu genanntem Termin Pläne und Bedingungen eingesehen werden können.
Mannheim, den 9. März 1877.
Großh. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion.
S. B. d. J. S.
S. Baer.

Ankündigung.
In Folge richterlicher Verurteilung werden dem Franz Köhler und Xaver Köhler sammtverbindlich von Neuenburg die nachverzeichneten Liegenschaften am
Dienstag den 3. April d. J.,
Nachmittags 2 1/2 Uhr,
im Rathhaus zu Auggen öffentlich versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis erreicht wird.
Beschreibung der Liegenschaften.
1. Aushlag
26 1/2 Ruthen Neben auf den Bergmatten 400 Mk.
2 Viertel 41 Ruthen Acker unterm niedern Hahnenweg 260 „
3. „
1 Viertel 57 Ruthen Acker bei den drei Steinen 20 „
4. „
28 Ruthen Neben im Sonnenberg 330 „
5. „
1 Viertel 57 Ruthen Acker außerhalb dem Föhrenbäumle 200 „
6. „
14 Ar 67 Meter Acker im Föhrenbäumle beim Raubantgrab-n 170 „
7. „
2 Viertel 9 Ruthen Acker auf dem niedern Hahnenweg 220 „
Summa 1780 Mk.
Die Güterstücke D. B. 2, 3 und 5 sind verlegt und hat der Stelgerer jene Güter anzupfehlen, welche an deren Stelle getreten sind, wie er auch etwaige Vergütungen anzupfehlen oder zu leisten und den Kosten-Anteil zu tragen hat.
Hieron erhalten:
1. Konrad von Pfalz von Neuenburg, welcher im Jahr 1852 nach Amerika ausgewandert ist und seither vermisst wird.
2. Die Erben der Xaver Köhler's Witwe, geb. Stoffel, von Neuenburg, mit der Aufforderung Nachrecht, den Betrag ihrer Forderungen spätestens in der Versteigerungstagfahrt beim Vollstreckungsbeamten anzumelden, damit solche bei Verurteilung des Erbes berücksichtigt werden können. — Zugleich wird auf die Bestimmung des § 951 der Pr. Ord. aufmerksam gemacht, wonach die auf Grund der Verurteilung erfolgende Zahlung des Kaufschillings die Wirkung hat, daß die veräußerten Güter von der Unterpfandslast befreit werden.
Denjenigen wird zugleich aufgegeben, einen darüber wohnenden Gewalthaber anzustellen, widrigenfalls alle weiteren Benachrichtigungen mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie der Partei eröffnet wären, nur am Sitzungsorte des Gerichts angeschlagen werden.
Müllheim, den 11. März 1877.
Der Großherzoglich. Notar als Vollstreckungsbeamter:
Ad. Winkler.
L. 705. 2. Karlsruhe.
Steigerungs-Ankündigung.
In Folge richterlicher Verurteilung wird die der Bierbrauer Heinrich Schmidt Ehefrau, Marie, geb. Heermann (s. St. in München) gehörige Liegenschaft an Gemarkung Karlsruhe, und zwar:
Das in der Langenstraße dahier unter Nr. 219, einerseits neben Hofvergoldner Karl Krauß, andererseits neben Günter Heinrich Stamm und Kind r gelegene zweistöckige Wohnhaus mit Seiten- und Hintergebäude sammt aller liegenden sächlichen Zugehörde einschließlich des Grund und Bodens,
tax. 47,700 Mk.
am
Dienstag den 27. März 1877,
Nachm. 2 Uhr,
im Kommissionszimmer des hiesigen Rathhauses nochmals öffentlich versteigert und der Zuschlag ertheilt, wenn der Schätzungspreis auch nicht geboten wird.
Die Versteigerungsbedingungen können inwieweit im Geschäftszimmer des Unterzeichneten, Herrenstraße Nr. 33, eingesehen werden.
Karlsruhe, den 8. März 1877.
Der Vollstreckungsbeamter:
Großh. Notar
Stritt.
L. 694. 2. Nr. 26. Ettlingen.
Bekanntmachung
Zur Aufstellung des Lagerbuches der Vermahlung Speßart ist Tagfahrt auf
Dienstag den 20. d. M.,
Vormittags 9 Uhr,
in das Rathhaus zu Speßart anberaumt. Die Grundbesitzer dieser Gemarkung werden hieron in Kenntniß gesetzt und mit Bezugnahme auf Art. 6 letzter Abth. der allerhöchsten Verordnungs vom 26. Mai 1857, Reg.-Bl. XXI, S. 221, noch besonders aufgefordert, da wo zu Gunsten ihrer Liegenschaften Grundbesitzer bestehen, diese unter Aufsicht der Rechtsurkunden dem Unterzeichneten in der Tagfahrt zum Eintrag in das Lagerbuch anzumelden.
Ettlingen, den 8. März 1877.
Krieger, Bezirks-Geometer.
(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Postdruckerei.